

Verlagspreis: 32723 — Geschäftsstelle 32722  
Vollstreckkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden, H. 16, Goldschmidtstr. 40

# Sächsische Volkszeitung

Die Sächsische Volkszeitung erscheint täglich dreimal wöchentlich. Bezugspreis für November durch die Post 175 M. Einzelhefte 15 M. für Familien- und Vereinsabnehmer, 12 M. für Einzelabnehmer. Die Einzelhefte 15 M. für Familien- und Vereinsabnehmer, 12 M. für Einzelabnehmer. Die Einzelhefte 15 M. für Familien- und Vereinsabnehmer, 12 M. für Einzelabnehmer.

Einzelnummer 15 M. Sprechstunde der Redaktion: 5-6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich anerkannte und nicht ausdrücklich genehmigte Einblendungen an die Redaktion werden nicht aufgeführt. Für unbeschriftete Briefe durch den Postboten aufgenommene Briefe können nur die Beschriftungen für die Adressierten des Textes nicht übernommen werden.

## Tageschau

Die Nachrichten vom Eintreffen französischer Noter in Berlin mit Protest gegen Entschädigungen an deutsche Arbeiter, sowie mit Androhung militärischer Maßnahmen, insbesondere einer vollständigeren Beschlagnahme des Rheingebiets, beschäftigen sich bislang nicht.  
Nach Abschluss eines Kontrabandes mit Belgien ist Alga zum Sitz eines Erzbischofes auserkoren.  
Der neue französische Volkskammerpräsident de Margery wird Ende der Woche in Berlin eintreffen.  
Zschillen hat sich zur Teilnahme an der Konferenz nach Hannover begeben. Vor seiner Abreise erklärte er sich für Anerkennung der türkischen Ansprüche auf die Meerengen und befürwortete eine Annäherung der Politik Italiens an Russland.  
Im griechischen Senatsrat wurden die ehemaligen Minister Sunaris, Stratos, Protapapagos, Theotokis, Patsagos und Pantazis zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung erfolgte sofort.

## Der deutschnationale Katholik!

Um die politische Vertretung des Katholizismus ist heute in Deutschland ein heftiger Kampf entbrannt. Nicht etwa von außen wurde dieser Kampf entfacht — da gäbe es wohl kaum eine Macht, die Katholische Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl zu sprengen vermöchte, — sondern möglich war dieser Kampf nur von innen heraus. Katholiken stehen gegen Katholiken und bekämpfen sich in der ernstesten Weise, wie die letzten Wahlen in Sachsen und in Oberschlesien gezeigt haben, wie eine besondere Streitschrift, das vom deutschnationalen Katholikenausschuss herausgegebene „Katholische Korrespondenzblatt“ beweist, in dessen Spalten nur das gegnerische Verhältnis der Katholiken untereinander Aufmerksamkeit zu erheischen scheint. Keilich ist diese Auseinandersetzung stillschweigend einwandfrei, davon wird kein Katholik Zweifel hegen, so lange der Kampf mit ethischen Mitteln geführt wird. Schließlich ist sie auch ein gutes Zeichen jener deutschnationalen Katholiken. Aber daß dieses Vorgehen auch nur den einfachsten Regeln der Klugheit entspricht — und das müßte unter allen Umständen ausschlaggebend sein —, dürfte kaum jemand beweiskräftig zu behaupten vermögen. Wohlgerne, es handelt sich nicht etwa um einen Kampf der Geister, die verschiedener Meinung sind, wie es manchmal scheinen könnte, nein, der Kampf wird zwar mit geistigen Waffen in der Arena der politischen Wirklichkeit ausgefochten, das wird niemand bezweifeln wollen. Und das ist das Unkluge des Vorgehens, daß man den Kampf sofort in dieses Stadium verlegt hat. Und was hier geschehen sein wird — wir wollen hoffen, daß es nicht so bald dazu kommt —, das bleibt abzuwarten und der Schaden ist dann nie wieder gutzumachen.

Es ist auch nicht allzu schwer festzustellen, was zu diesem Zustande geführt hat. Die vergangenen Jahre haben die Gegensätze in unserem gedemütigten Volk ganz furchtbar auf die Spitze getrieben. Unser Lebensweg ging mehr als einmal an dem dunklen Abgrund des Bürgerkrieges vorbei. Und es kann in der Tat nicht wundernehmen, wenn in dieser zerschundenen Zeit auch die Wollen in der Zentrumspartei höher gingen als sonst, einer Partei, die doch nun einmal bislang in bedeutender Weise durch das religiöse Band zusammengehalten wurde. Man kann das sehr wohl verstehen, kann aber trotzdem den Standpunkt vertreten, daß die von den heutigen deutschnationalen Katholiken gewählte Lösung keineswegs die richtige ist. Man orientiert auf dieser Seite so gern mit Äußerungen hoher kirchlicher Würdenträger und sucht damit das eigene Vorgehen zu rechtfertigen. Besonders gern greift man auf Leo XIII. zurück, betont in überstarker Weise, daß Politik und Religion nicht vermenat werden dürfen und daß von der Kirche eine Identifizierung mit irgend einer Partei immer auf das Entschiedenste abgelehnt worden sei. Das Lehrtre ist allerdings unbestritten, an der Tatsache ist überhaupt nicht zu rütteln, daß Kirche und Partei zwei grundverschiedene Institutionen sind. Aber dennoch ist ein geschichtliches Vorwissen äußerst lehrreich und beleuchtet die Stellungnahme Leos XIII. denn doch von einer ganz anderen Seite, es ist das in der Mitte der 90er Jahre an die französischen Katholiken gerichtete päpstliche Manifest, in einer Zeit, der die kirchenfeindliche Gesetzgebung in Frankreich ihren Stempel aufdrückte. Darin legte Leo XIII. den französischen Katholiken den politischen Zusammenhang nahe und forderte sie auf, dieselben ihre grundsätzlichen Überzeugungen über Monarchie und Republik zurückzustellen, praktisch auf den Boden der nun einmal bestehenden republikanischen Staatsform zu treten, um im Namen der allgemeinen Freiheit die Rechte der Kirche wirksam verteidigen zu können. Daß es freilich in Frankreich zu Erfüllung dieses Ideals nicht kam, ändert nichts an der Tatsache, daß hierin eine prinzipielle Anerkennung der Einseitigkeit der deutschen Zentrumspartei zu den heutigen Staatsverhältnissen liegt. Wir haben heute diese geschlossene

## Eine Arbeiterregierung in Sachsen und Thüringen?

Der Landesparteitag der Kommunistischen Partei in Sachsen, auf dessen Haltung es in der Frage der Regierungsbildung wesentlich ankommt, hat am 25. und 26. November in Dresden getagt. Das Ergebnis der Beratungen war eine einstimmig angenommene Resolution zur politischen Lage, in der es zum Schluß heißt: „Der Landesparteitag ruft das sächsische Proletariat auf, sich einmütig hinter die Beschlüsse des Reichsbetriebsrätekongresses zu stellen und einen unerschütterlichen, geschlossenen Block gegen die Offensive des Kapitals zu bilden. Die sächsischen Kommunisten schlagen den sozialdemokratischen Arbeitern Sachsen, die gegen die Koalitionspolitik in offener und verdeckter Form und gegen das Hungerprogramm der Reparationsnote kämpfen wollen, die sofortige Bildung der Einheitsfront im Kampfe für die Befreiung der Arbeiter, gegen die Teuerung, für unbedingte Aufrechterhaltung des Achtstundentages vor. Nur die Einheitsfront und Geschlossenheit des proletarischen Handelns ver bürgt den Sieg der arbeitenden Klasse.“  
Wenn sich der Parteitag der sächsischen Kommunisten in dieser ausdrücklichen Form die Beschlüsse des Reichsbetriebsrätekongresses zu eigen macht, so dürfte damit die Hoffnungen der Sozialdemokraten auf eine Koalition mit den Kommunisten auf verfassungsmäßigem Boden zerfallen sein. Es fanden gestern, Dienstag, noch Verhandlungen zwischen sächsischen Kommunisten und Sozialisten statt, deren Ergebnis aber ohne Zweifel ein negatives sein wird. Eine sozialdemokratische Minderheitsregierung würde, das steht jetzt fest, die Unterstützung der Kommunisten nicht finden. Da die Sozialdemokraten mit den Christdemokraten allein ebenfalls keine Mehrheitsregierung zustande bringen könnten, über sie also in schwerer Bedrängnis. Sie müssen sich überlegen, ob sie nicht eine Koalition auch mit der Deutschen Volkspartei versuchen sollen. Für diesen Fall würde natürlich die kommunistische Agitation gegen die Sozialdemokratie mit doppelter Wucht einleiten. Die Kommunisten machen sich einen Hauptzweck daraus, die Sozialdemokraten in Sachsen in Verlegenheit zu setzen und dabei im Trüben zu fischen.  
Gemäß den Moskauer Beschlüssen ist es das Ziel der sächsischen Kommunisten, mit den sozialistischen Arbeitern eine Arbeiterregierung zu etablieren. Diesem Zwecke dient auch die oben zitierte Resolution, welche die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern abspalten will. Die Kommunisten wollen, was ein Arbeiterregiment in Sachsen für die Enttarnung des kommunistischen Gedankens in Deutschland bedeuten könnte. Darum ist für sie die sächsische Regierungsbildung in hohem Grade eine Machtwort. Der Vorwärts hat dieser Tage

geschrieben: „Mit dem kommunistischen Schlachtruf nach der „Arbeiterregierung“ ist nichts getan. Auf welchem Wege soll denn diese Arbeiterregierung zustande kommen? Auf parlamentarischem? Dazu fehlt die Mehrheit. Oder auf außerparlamentarischem? Dazu fehlt die Macht. Mehrheit ist noch nicht Macht, aber sie ist die einzig solide Grundlage der Macht.“  
Darauf antwortete die Rote Fahne in Nr. 525 ganz offen und unverblümt: „Das gerade ist es, was wir Kommunisten betonen und fordern, nicht nur Mehrheit, sondern proletarische Macht, außerparlamentarische Macht als unerlässliche Voraussetzung für die Schaffung einer Arbeiterregierung auch in Sachsen.“ Und dann heißt es weiter:  
„Die kapitalistische Regierung im Reich, das Kautskifkabinett in Ostpreußen, die Unterwerfungskontingente gegen Kautskubund und Streikfront, die täglich ärgere Ausweitung und die uns bedrohende sächsische Kontrevolution haben eine Situation geschaffen, die jede einzelne proletarische Partei mit der schwersten Verantwortung befaßt. In Sachsen ist die Möglichkeit gegeben, durch die von proletarischen Organen geleitete Arbeiterregierung zum ersten Male die Macht zu ergreifen. Wenn schon können, wenn die Sozialdemokratische Partei will, in Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Hamburg und Lübeck, wo überall sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheiten bestehen, kraftvolle Arbeiterregierungen mit weiteren harten Schlägen gegen die bürokratische Herrschaft schlagen.“  
Das ganze Mitteldeutschland einschließlich Provinz Sachsen ist reif für die Ausrückung der Arbeiterregierung. Die Arbeiterschaft ist in diesen weiten Bezirken hart genug, als herrschende Klasse aufzutreten. Sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer haben das bisher verstanden. In Sachsen haben sie heute zu zeigen, ob sie noch fähig sind, in diese proletarische Kampffront einzutreten.“  
Die Machtgier und Aspirationen der Kommunisten haben durch den 4. Internationalen Weltkongress, der dieser Tage in Moskau stattfand, ungewissheit neue Nahrung gefunden. Sie hatten es für eine unweigerliche Forderung, der sozialistisch und kommunistisch denkenden Arbeiterschaft sich gegenüber der ererbenden national-sozialistischen Bewegung besonders in Bayern eine Koalition zu verschaffen. Unter solchen Umständen ist die Verlegenheit der Sozialdemokraten natürlich doppelt drückend. Man darf auf das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen in Sachsen gespannt sein. Die Vorzüge beharren der sächsischen Arbeiterschaft des ganzen deutschen Volkes.

politische Vertretung, die uns den größtmöglichen Schutz unserer religiösen und kirchlichen Interessen gewährleisten. Sollten wir ihrer heute weniger bedürfen als in der vergangenen Zeit? Räumen wir doch endlich mit dem Märchen auf, daß dieses Abschwimmen ins deutschnationale Lager aus tieferer Grundursache erfolge. Was ist es denn, was in erster Linie zur Unreinigkeit benutzt wird? Nichts „Wichtigeres“ als geteilte Auffassung über gewisse heute mehr oder weniger im Vordergrund stehende politische Fragen, die wirklich nicht das Alpha und Omega unserer Lebensauffassung sind!

Man müßte es vielleicht gelten lassen, wenn diese kirchlichen Katholiken dem Zentrum den Rücken gekehrt hätten, weil dieses nicht katholisch genug sei! Aber dem ist gewiß nicht so. Von diesem Geiste ist deren Vorgehen keineswegs geleitet. Und doch läßt das gar nicht so fern. Noch nie ist das Glaubensbekenntnis für die politische Einstellung so wichtig und ausschlaggebend gewesen wie heute. Steht nicht hinter der Sozialdemokratie das sehr eindeutige Erbe der Marx und Lassalle, das eben in der Tat christliche Gesinnung neben sich nicht duldet? Sind die Demokraten nicht bestimmt von einer Mischung Materialismus, Spinozismus und Talismudismus? Sind die Deutschvölkischen um Grade nicht stolz auf Bismarck? Und schmerzt nicht durch alles Politisieren der Deutschnationalen die Notwendigkeit Rethers und Machiavellis? Hinter jeder Politik steht ein Erbe! Und heute, wo man den Wert der katholischen Idee für Gemeinschaft und Einigkeit so recht wieder zu erkennen beginnt, wo eine neue Weltanschauung durch das katholische Deutschland geht, müßte man notwendig zu der Konstatierung kommen, diese Ideenwerte des Katholizismus, ohne Behinderung und Aufsehung der anderen Weltanschauungen auch für das politische Leben fruchtbar zu machen. Die Leute können viel eher recht zu haben. Die heute darauf hinweisen, die Katholiken tun nicht gut, wenn wir unser Erbe in der Politik zu verkümmern lassen, während die anderen vollauf Erbe und Politik in eins zusammenfassen lassen! Es handelt sich naturgemäß um die Auswirkung der tiefkatholischen Ideen, aber keinesfalls um Dogmen, weshalb man auf die Zusammenarbeit mit politisch gläubigen Protestanten keineswegs zu verzichten braucht. Das wäre ein Vrogamm, wert, diskutiert zu werden, um mehr als bislang die positiven Werte des Glaubens für das politische Leben fruchtbar zu machen, und in unserer heutigen Lage das beste Stück Wideraufbauarbeit zu leisten. Der katholischen Presse würde man dadurch die Möglichkeit schaffen, mit ganzer Kraft im wahren Sinne für Kirche und Vaterland zu wirken!  
Derartige Gedanken wären in etwa wert, in unseren Tagen geprüft zu werden. Aber um das nochmals zu betonen, mit dieser

Einstellung haben jedenfalls die deutschnationalen Katholiken nichts gemein. Das religiöse Moment rangiert bei diesen erst weit hinter einigen Fragen der Politik, in denen man eben viel eher geteilter Meinung sein kann. Aber heute, wo selbst das politische Gewissen zur Überbrückung der tiefsten Gegensätze im Interesse der Reichseinheit aufruft, wo rein sachlich das Vorgehen der Zentrumspolitik! dem Geist unserer Lage gebührend näher kommt, als der „deutschnationale“ Gedanke, der, wie die sächsischen Wahlen beweisen, in seiner jetzigen Gestalt kaum jemals eine Mehrheit des deutschen Volkes zu gewinnen imstande sein wird, will es kaum einleuchten, was der deutsche Katholizismus durch eine Abwanderung ins deutschnationale Lager gewinnen sollte. So viel ist gewiß, daß er sich damit ein gut Teil der Möglichkeiten verliert, welchen Einfluß im öffentlichen Leben geltend zu machen. Schließlich sind manche Wege für uns diskutierbar, der Weg der deutschnationalen Katholiken aber kann für uns nie gangbar sein!

## Zum Pressesonntag in Sachsen!

Wie schon in Nr. 211 vom 28. d. W. der „Sächsischen Volkszeitung“ mitgeteilt wurde, hat der Landes- und Provinzial-Verband der sächsischen Presse beschlossen, am 2. Dezember für den Pressesonntag die katholische Presse beizugehen. Es soll eine Pressekommunikation und möglichst eine öffentliche Versammlung in jeder Gemeinde veranstaltet werden. Letzteres wird sich bei der Kürze der Zeit kaum an allen Orten verwirklichen lassen, es rufe aber an alle Herren Chefredaktoren der Zeitungen der sächsischen Provinz die dringende Bitte, das trockne Material in Form von Redaktionen dieses Blattes in alle Ecken der Bevölkerung zu bringen, sei es durch eigene Veranstaltungen, sei es durch werbende Reisen in anderen Vereinen und auch in privater, persönlicher Mitarbeit. Der Vertrieb der „Presse“, welche allen Zeitungslesern zugänglicher sein, bietet ein hervorragendes Mittel, um die katholische Presse in unserer heutigen Zeit, da der Kampf gegen das Christentum auf der ganzen Linie entbrannt ist, ein höheres Gutes zu leisten, von dem sich kein denkender Katholik abschließen darf. Der Kampf gegen die kirchliche Schule hat erstens, wie alle Katholiken auf den Plan gerufen — aber was sind sie ohne die Tagespresse? Wären keine Soldaten! In größtmöglicher Weise müssen die Katholiken Sachsen der Welt das Gefühl vollständiger Geschlossenheit geben, wenn es gilt, unsere heiligen Güter zu verteidigen! Hierzu bedürfen wir natürlich der katholischen Tagespresse! Lassen wir doch endlich mal alle kirchlichen Riegel fallen, öffnen wir unsern Mund und richten für unsere wichtigsten und vornehmsten Aufgabe, welche jeder Katholik begreifen und verstehen muß, die sächsischen Katholiken!

Gott will es!  
Dresden, im November 1922.  
H. Stolle,  
Vorstand der sächsischen Presse.